

# BUCHBESPRECHUNGEN

---

*Dr. Ernst E. Schwarb, „Moderne Lohnpolitik. Die volkswirtschaftliche Fundierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik 1918 bis 1939.“ Schriften des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs, herausgegeben von Dr. Valentin F. Wagner, Professor an der Universität Basel, A. Francke-Verlag, Bern, 1948.*

Was der Verfasser in seinem Buch letztlich zum Ausdruck bringen will, ist die Erkenntnis, dass die Gewerkschaftspolitik ihre Ziele nicht erreichen kann, wenn sie ihre Bestrebungen nicht mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Zielsetzungen koordiniert. In welchem entscheidendem Umfang dieses Ziel von den schweizerischen Gewerkschaften erreicht wurde, zeigt der Verfasser anhand der Vielzahl volkswirtschaftlicher Probleme. Ausgehend von den Folgen der "Freiheit des Arbeitsvertrages", die zu einer Verelendung der Arbeiter und zu einem industriellen Proletariat führten, wird in einer historischen analytischen Betrachtungsweise gezeigt, wie die Lohnpolitik sich zu einem Instrument der Gewerkschaftspolitik herausbildete. Das Ende des ersten Weltkrieges ließ dann eine gewerkschaftliche Wirtschaftstheorie entstehen, die sich nicht nur mit der Lohnpolitik befasste, sondern auch Preis-, Beschäftigungs-, Währungs-, Finanz-, Sozialpolitik usw. einschloss. „Aus der Beobachtung des Konjunkturverlaufs und dem Studium der neueren Wirtschaftsgeschichte werden Erkenntnisse gewonnen und Theorien abgeleitet, deren bekannteste die Kaufkrafttheorie ist.“ Diese „neue wissenschaftliche Gewerkschaftspolitik“, wie sie Schwarb bezeichnet, kam in den Jahren 1932 bis 1936 in der Schweiz zur höchsten

Vollendung. Die Lohnpolitik alten Stils wandelte sich hier zur geplanten Wirtschafts- und Sozialpolitik und bildete nur noch Bestandteil der letzteren.

Schwarb unterscheidet dem Inhalt wie auch der Wirkung nach zwei Auffassungen des Begriffs „Lohnpolitik“, nämlich „direkte Lohnpolitik“ und „indirekte Lohnpolitik“. Unter „direkter Lohnpolitik“ ist die Gesamtheit der Maßnahmen zu verstehen, „welche bezwecken, die Höhe und Form der individuellen Nominallöhne organisierter Arbeitergruppen durch gewerkschaftliche Aktion zu beeinflussen, mit dem Ziel, den Lohn pro Einheit der Arbeitszeit oder Arbeitsleistung zu erhöhen“. Die „indirekte Lohnpolitik“ unterscheidet sich davon, „dass sie die übrige wirtschafts- und sozialpolitische Aktivität der Gewerkschaftsbewegung erfasst, so weit sie das Ziel verfolgt, der Arbeiterschaft ein höheres Realeinkommen zu erkämpfen und zu sichern“. Zwischen beiden Arten der gewerkschaftlichen Lohnpolitik besteht eine wechselseitige Ergänzung zur Erzielung eines lohnpolitischen Optimums.

Als Ziel und Aufgabenstellung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik im weiteren Sinne, worunter die Gemeinsamkeit von direkter und indirekter Lohnpolitik verstanden wird, wird für die Gewerkschaften der Schweiz herausgestellt:

1. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik befasst sich nicht ausschließlich mit dem Lohn des einzelnen Arbeiters, sondern mit den Löhnen von „Gruppen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter“. Für diese wird eine gemeinsame „Lohnbewegung“ geführt.
2. Die Lohnpolitik hat das Stadium der reinen Nominallohnpolitik überwunden. Erfolge der Nominallohnpolitik können nämlich durch Preiserhöhungen illusorisch gemacht werden, wie andererseits bei gleich bleibenden Nominallöhnen durch Preisrückgang der Lebensstandard (Reallohn) gehoben werden kann. Folglich haben die Gewerkschaften ihr Augenmerk auch entscheidend auf die Preisgestaltung zu richten.
3. Bei Zugrundelegung des bestehenden Lohnniveaus könnte die Arbeitnehmerschaft durch eine Verlängerung der Arbeitszeit ihr Einkommen vergrößern. Die Gewerkschaften sehen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, der Arbeitnehmerschaft nicht nur eine größere „Futterration“ zu sichern, sondern darüber hinaus auch ihr kulturelles Niveau zu heben. Die Verkürzung der Arbeitszeit gehört zur Verbesserung des Lebensstandards, da sie es der Arbeitnehmerschaft erlaubt, an den Gütern der Kultur und Zivilisation teilzunehmen. Die Gewerkschaften suchen also nach einem Gleichgewicht, das in ökonomischer und ethischer Hinsicht der Deckung dieser beiden konkurrierenden Bedürfnisse, nämlich Hebung des Einkommens und vermehrte Inanspruchnahme der Kulturgüter, gerecht wird.
4. Jeder Lohn muss mindestens zur Sicherstellung des Existenzminimums ausreichen. Darüber hinaus soll er nach Maßgabe der Produktivität der Arbeit das Existenzminimum überschreiten.
5. Die Gewerkschaften haben die Bedeutung der Produktivität erkannt. Daher ist die Hebung der Produktivität ein Mittel der indirekten Lohnpolitik.
6. Eine Konjunkturlage, in der beispielsweise 9 v. H. der Arbeiterschaft zu hohen Löhnen beschäftigt sind, daneben aber 10 v. H. Arbeitswillige beschäftigungslos sind, ist unbefriedigend und gefährlich. Die Wiederbeschäftigung dieser „industriellen Reservearmee“ und „Erzielung eines maximalen Beschäftigtenstandes“ ist für die Gewerkschaften ein dringliches Problem. Der Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik müssen die Gewerkschaften ihre erhöhte Aufmerksamkeit schenken.
7. Die Gewerkschaften geben sich in neuerer Zeit nicht mehr mit einer Konstatierung von Realloohnerhöhungen zufrieden, sondern sie vergleichen vielmehr das Wachstum des Realeinkommens der Arbeiterschaft mit dem Wachstum des Sozialproduktes. Dabei geht ihre Absicht dahin, den „relativen Anteil der Arbeiterschaft am Sozialprodukt“ zu erhöhen.
8. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen laufen darauf hinaus, ein möglichst großes Realeinkommen auf lange Sicht zu Gewähr leisten. Dabei sind die ökonomischen Daten zur Erhaltung und Steigerung der Produktivität wie auch die Kapitalbildung im Hinblick auf die Steigerung des Realeinkommens sorgsam zueinander abzustimmen. Es ist für die Arbeiterschaft als einer solidarischen Gemeinschaft gefährlich, wenn in der Krise zwar die Beschäftigten ihren Reallohnstand halten, jedoch die Arbeitslosigkeit mehr und mehr um sich greift. Dieses bedeutende Problem war Anlass dazu, dass sich in den Dreißigerjahren die Gewerkschaften intensiv mit dem Problem des „Konjunkturzyklus“ befassten.

Schwarb zeigt dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, wie sich die Gewerkschaften der Schweiz unter diesen Zielsetzungen mit der Finanz- und Währungspolitik, dem Preisproblem, der Beschäftigungspolitik, der Konsumentenpolitik, der Sozialpolitik, der Ordnung der Arbeitsverhältnisse, der Rationalisierung, der Produktionssteigerung, des Exports usw. befassten. Besonders die Auseinandersetzung

mit den Exportfragen in den Krisenjahren 1929 bis 1936 ist lehrreich und instruktiv, denn die Schweiz und Deutschland sind seit jeher auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Struktur stark exportorientiert. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn diese herausgestellten Zielsetzungen der Schweizer Gewerkschaften nahezu den deutschen gewerkschaftlichen Auffassungen in der Wirtschaftspolitik entsprechen.

Heute stehen diese Probleme in Deutschland an und fordern von den deutschen Gewerkschaften eine verantwortungsbewusste und entscheidende Mitarbeit. Dazu kommt, dass die schweizerischen Gewerkschaften heute auf eine Erfahrung des gesamten Verlaufes der Weltwirtschaftskrise zurückblicken und auf diesen Erfahrungen aufbauen können, während die deutschen Gewerkschaften 1933 aufgelöst wurden und an Erfahrungen ärmer sind. Aus diesem Grunde ist dieses Buch, vor allem mit seinem 2. Kapitel, das sich mit den Problemen der Krisenjahre im Hinblick auf die Mitarbeit der Gewerkschaften eingehend befasst, für jeden Gewerkschafter lesenswert. Seine gegenwartsnahe Problemstellung kann gerade unter der heutigen deutschen Wirtschaftssituation den deutschen Gewerkschaften wie der Arbeitnehmerschaft schlechthin wertvolle Hinweise geben.

Dr. Fritz Poth

*Dr. Eleonore Bez: „Ist Arbeitslosigkeit vermeidbar?“ Überlegungen zum Problem der Vollbeschäftigung in alter und neuer Theorie, Kohlhammer-Verlag Stuttgart, 1949, 64 Seiten.*

In einer Wirtschaftsordnung, in der das soziale Interesse vor das ökonomische gestellt wird, wird Vollbeschäftigung höher bewertet als irgendein anderes Wirtschaftsziel. Die Verfasserin hat sich zur Aufgabe gemacht, zu untersuchen, was in der volkswirtschaftlichen Theorie zum Problem der Vollbeschäftigung gesagt worden ist.

Nach einem Hinweis auf die Forschungsmethoden erfahren wir, wie die Klassiker des wirtschaftlichen Liberalismus das Problem sehen. Es überrascht nicht, dass Smith und Ricardo im Glauben an die Autoharmonie das Problem nur am Rande behandeln. Malthus übt bereits Kritik an der Gleichgewichtstheorie und erkennt, dass langdauernde Arbeitslosigkeit möglich ist. Seine Gedanken muten teilweise modern an, vermochten jedoch den liberalen Optimismus nicht zu erschüttern. Konjunkturbewegungen wurden als Friktionen bagatellisiert.

Die Einbeziehung des sozialen Faktors in die Wirtschaftsbetrachtung und die Tatsache, dass der „Geldschleier“ nicht abziehbar ist, sondern eng verflochten mit dem wirtschaftlichen Geschehen, wird anschließend besonders hervorgehoben. Es ist, da weder die österreichische noch die mathematische Schule sich mit dem Problem der Vollbeschäftigung befasst haben, verständlich, dass von den beiden wesentlichen Erkenntnissen der modernen Theorie der Weg direkt zu Keynes führt, dessen schwer zugängliche Gedanken verständlich vorgetragen werden. Die Verfasserin geht dann auf Fohl ein, der Vollbeschäftigung nicht nur erreichen, sondern erhalten will. Ein letztes Kapitel ist den Theorien gewidmet, die in der Aufteilung der Gesellschaft in zwei Klassen die Krisenursache sehen. Die Forschungsergebnisse von Oppenheimer, Peter und Preiser werden dargestellt. Die Schlussbetrachtung weist auf Studien der Universität Oxford hin, auf Wege zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung.

In der Schrift findet der Leser kein „Rezept“ zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit. Wie die Verfasserin im Untertitel ankündigt, handelt es sich um Überlegungen zum Problem in alter und neuer Theorie. Der Streifzug durch die Literatur kann also nur eine Auswahl sein, die allerdings das Zusammenfließen von Konjunktur-, Geld- und Finanztheorie und -politik in der modernen Wirtschaftstheorie, damit auch die heute zentrale Stellung der Finanzwissenschaft in der Ökonomie mitumfassen bzw. mehr betonen könnte. Auf so wenigen Seiten kann jedoch nicht mehr geboten werden. Der Leser findet sehr viel, und es wird für ihn besonders fruchtbar sein, dass die Ansichten der einzelnen Autoren nicht nur vorgetragen, sondern jeweils auch kritisch gewürdigt werden.

Dr. A. Vogt

*Prof. Dr. H. Rittershausen: „Bundesbahn im Wettbewerb“, Frankfurt am Main. Verlag Theodor Gerstenberg, Bad Hersfeld.*

Wer heute über die Not der Bundesbahn schreibt, verrät durchaus kein Geheimnis. Das vorliegende Buch weist weit darüber hinaus. Man darf diese Vorschläge, die Bundesbahn durch eine moderne und anpassungsfähige Tarifgestaltung wettbewerbsfähig zu machen, als einen wertvollen Diskussionsbeitrag für notwendige gesetzliche Regelungen im Konkurrenzkampf zwischen Schiene, Straße und Wasserweg ansehen.

Ausgehend von der früheren Monopolstellung der Reichsbahn und ihrer gemeinwirtschaftlichen Einstellung, die im Tarifsysteem ihren Ausdruck fand, zeigt der Ver-

fasser auf, dass der Eisenbahn durch das Aufkommen des Kraftwagens gerade jene wertvollen Frachten verloren gingen, die die billigeren Tarife finanzierten. Er weist nach, dass die Not der Eisenbahn nicht nur eine deutsche Erscheinung ist. Man begegnet vielmehr in allen modernen Industriestaaten den gleichen Problemen. Heute, wo der Kraftwagen ein so bedeutender Konkurrent der Eisenbahn geworden ist, verlangt die Situation völlig neuartige Wege.

Der gemeinwirtschaftliche Charakter der Bundesbahn mit ihren Tarifen ist durch das Herausbrechen der lohnenden Frachten ausgehöhlt worden. Rittershausen verweist dabei auf die Defizite der Bahn. Seine eingehenden Untersuchungen über die finanzielle Situation der drei Hauptverkehrsmittel gipfeln in der Gegenüberstellung: „Kampf oder Verband.“ Problematisch ist seine Ablehnung des Verbandes, die er aus dem Versagen des Reichs-Kraftwagenbetriebsverbandes herleitet. Der Verfasser glaubt, dass Verbände nur bei steigenden Preisen funktionieren können und heute nur der freie Wettbewerb als „ungeheure dynamische Kraft“ geboten erscheint.

Wenn auch die Gleichstellung der drei Verkehrsmittel im freien Wettbewerb vornehmlich zu einer grundlegenden Veränderung der Bundesbahntarife zwingt, glaubt Rittershausen dennoch, einen vernünftigen Mittelweg zu sehen, der den Hauptteil der Gemeinwirtschaftlichkeit enthalten soll, so weit sie sich mit dem Wettbewerb verträgt.

Gemeinwirtschaft und freier Wettbewerb schließen einander nach überkommener Auffassung jedoch aus. Der Verfasser will durch Überwälzung der Beförderungskosten von Transporten des sozialen Bedarfs auf den Staat, durch Verzicht des Bundeseigentümers „Staat“ auf Verzinsung und Gewinn einen Teil der Gemeinwirtschaftlichkeit retten, während der Rest schnell und rücksichtslos zu opfern sei. Dieser Weg erscheint sehr bedenklich. Damit müsste der Staat erhebliche zusätzliche Kosten tragen, die in absehbarer Zeit kaum aufgebracht werden können. Grundsätzlich würde das auf Umwegen zu einer Finanzierung der privaten Verkehrsunternehmungen führen, die im freien Wettbewerb bereits heute die „fetten Brocken“ der Bundesbahnfrachten an sich gerissen haben. Der Verfasser glaubt, dass die Bestrebungen zu einem Verband von Eisenbahn und Straßenverkehr — eine Lösung, die allein tragbar erscheint — nie aufhören werden, wenn sie auch den „gegenwärtigen amerikanischen und deutschen Bestrebungen auf Stärkung der unternehmerischen Freiheit zuwiderlaufen“.

Er hält aber den Zeitpunkt erst dann für gekommen, wenn die Umstellung der beiden großen Verkehrsmittel auf den von ihm aufgezeigten Stand erfolgt sei.

Ogleich nicht jeder in dieser grundsätzlichen Frage dem Verfasser folgen kann, muss das Buch wegen seiner nüchternen fachlichen Darstellung der Tatsachen und seiner ausgezeichneten Vorschläge zur Modernisierung des gesamten Verkehrswesens als wichtiger Beitrag zur Überwindung der Not unserer Bundesbahn angesehen werden.

Hans-Erich Schult

*René König: „Soziologie heute“.* Regio-Verlag, Zürich 1949.

Das gegenwärtige deutsche sozialwissenschaftliche Schrifttum ist nicht reich an Einführungen in die Soziologie, und die vorhandenen Schriften dieser Art lösen ihre Aufgabe auch meist in der Form einer geistesgeschichtlichen Einleitung in die großen Lehrgebäude der Gesellschaftswissenschaft. So ist die Schrift des Züricher Soziologen (der vor kurzem einen Ruf an die Universität Köln angenommen hat) durchaus geeignet, eine bisher empfundene Lücke auszufüllen, denn sie will dadurch in die Soziologie einführen, dass sie vor allem die Gegenwartslage der sachlichen Aufgaben und Fragen schildert, vor denen die Gesellschaftswissenschaft heute steht. An dieser Stelle dürfte besonders die Erörterung über die Stellung des Marxismus in der Gegenwart und des Verhältnisses dieser Lehre zu den neuen Produktionsbedingungen von Interesse sein. Eine ausführliche Darstellung erfährt auch die komplizierte Frage des so genannten Mittelstandes, die ja zur Kernfrage des Wandels in der modernen Klassenproblematik geworden ist. König zeigt, wie sich neben den alten Mittelstand, der sich aus Quellen entwickelte, die teils außerhalb der industriellen Klassenschichtung lagen, teils durch Veränderung des Bürgertums entstanden, ein neuer Mittelstand setzt, der seine Existenz und seine Berufe gerade auf der modernen technisch-industriellen Entwicklung aufbaut und in seinen Bildungs-, Eigentums- und Konsumbedürfnissen durchaus „mittelständischen“ Charakter zeigt. Diese Schrift wird sowohl für jedes sozialwissenschaftliche Selbststudium als auch für jeden Einführungsunterricht in die Gesellschaftswissenschaft zahlreiche Anregungen und zugleich einen Gesamtüberblick über den gegenwärtigen Forschungsstand der Soziologie bieten.

H. Sch.